

SCHULTERSCHLUSS FÜR DEN OBERÖSTERREICHISCHEN WEG

Gemeinsame Erklärung der unterzeichnenden Fraktionen im oberösterreichischen
Wirtschaftsparlament

Die Rolle der **Wirtschaftskammer** als **unverzichtbare Interessenvertretung** stärken.

Die Wirtschaftskammer Österreich steht als Körperschaft öffentlichen Rechts vor der Aufgabe, ihre Rolle als unverzichtbare Interessenvertretung, Dienstleisterin und Bildungspartnerin für über 540.000 Betriebe in Österreich effizient zu erfüllen. Angesichts sich wandelnder wirtschaftlicher, technologischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ist eine laufende, zielgerichtete, transparente und effiziente Weiterentwicklung notwendig.

Die Wirtschaftskammer Oberösterreich bekennt sich dabei ausdrücklich zu Pluralität, Transparenz und einer modernen, offenen Interessenvertretung. Sie versteht sich als starke Stimme für alle Unternehmerinnen und Unternehmer in Oberösterreich und erfüllt ihren gesetzlichen Auftrag mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen laufend zu verbessern, den gesellschaftlichen Dialog zu fördern und den Mehrwert der Mitgliedschaft sichtbar zu machen. Sie soll als verlässliche Partnerin, Serviceanbieterin und Zukunftsgestalterin für sämtliche Branchen und Betriebsgrößen wirken.

Die Fraktionen Wirtschaftsbund OÖ, Industriellenvereinigung OÖ, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband OÖ, Grüne Wirtschaft OÖ, UNOS – Unternehmerisches Österreich OÖ und WIR – Wirtschaftsnetzwerk haben in einer OÖ. Taskforce „WK Reformkonzept“, an der Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen beteiligt waren, folgende Handlungsempfehlungen festgelegt:

1. Aufgaben und Angebote der WKÖ

ZIEL: Wert, Unverzichtbarkeit und Alleinstellung demonstrieren und ausbauen

EBENE WKÖÖ:

- Ausbau von **KI-Services zur Unterstützung von Betrieben** in Beratung, Verwaltung und Marktzugang.
- Service-, Beratungs- und Ausbildungs**offensive**.
- **Förderangebot für Start-Ups im Export** zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.
- **Begleitung und Coaching in schwierigen Situationen**, insbesondere bei:
 - Behördlichen Prüfungen (Finanz, Arbeitsinspektorat, etc.),
 - Behördlichen Berichtspflichten,
 - Genehmigungsverfahren bei Investitionen und
 - Debatten mit Gewerkschaften.

EBENE WKÖ:

- **Straffung der Interessenvertretung:** Zukünftig erfolgt die Interessenvertretung über die Bundeskammer und jeweils eine spezialisierte Landeskammer pro Themenbereich.
- **Weiterer Ausbau von KI-Services** auf bundesweiter Ebene.
- **Zentralisierung der WK-Medien** (Zeitung, TV) mit teilweiser Ländermutation.
- Prüfung der Möglichkeit, die **Funktion der Gewerbebehörde durch die WKÖ** zu übernehmen (bei Gründung, Übernahme), um Beratung und Verwaltung zu bündeln.
- **KV-Verhandlungen künftig ausschließlich auf Bundesebene**, um Rechtssicherheit und Einheitlichkeit zu gewährleisten.

2. Organisationsstruktur der WKÖ

ZIEL: Produktivität laufend verbessern

EBENE WKÖÖ:

- **Evaluierung der Personalstruktur** und schrittweise Personalreduktion im Einklang mit Umlagensenkungen und Automatisierung (KI), über natürlichen Abgang.
- **Evaluierung der Funktionärsstruktur.**
- Überprüfung der **Anzahl und Struktur der Fachgruppen.**
- **Evaluierung der Bezirksstellen** hinsichtlich Effizienz, Erreichbarkeit und Bedarf.

EBENE WKÖ:

- **Evaluierung der Personalstruktur** und schrittweise Personalreduktion analog zur Landesebene.
- **Evaluierung der Funktionärsstruktur.**
- **Klare Arbeitsteilung:** Bundeskammer konzentriert sich auf Interessenvertretung und Koordination, Landeskammern auf Service und Bildung.
- **Ausbau länderübergreifender Kompetenz-Center** mit Spezialisierung der Landeskammern.
- **Evaluierung der Fachgruppenstruktur.**
- **Evaluierung des WIFI** hinsichtlich Effizienz, Kostenstruktur und Ausbildungsrelevanz.

3. Finanzierung der WKÖ

ZIEL: Nutzung der Produktivitätssteigerung zur Entlastung der Mitglieder.

EBENE WKÖÖ:

- **Senkungspfad der KU2** in der WKÖ Oberösterreich. Klare Festlegung bis zum Wirtschaftsparlament Herbst 2026.
- **Evaluierung der Höhe der Grundumlage für EPU**, insbesondere bei Mehrfachmitgliedschaften. Klare Festlegung bis zum Wirtschaftsparlament Herbst 2026.
- **Überprüfung von Förderungen und Ausgaben** auf Wirksamkeit und Notwendigkeit mit einem klaren Ergebnis bis zum Wirtschaftsparlament Herbst 2026 und anschließender Festlegung der weiteren Vorgangsweise.
- **Stuserhebung zu Rücklagen und stillen Reserven und Handlungsempfehlungen** bis zum Wirtschaftsparlament Herbst 2026.

EBENE WKÖ:

- Definierter **Senkungspfad der KU2** auf Bundesebene.
- Prüfung der **Valorisierung der KU1**.
- **Deckelung der Rücklagen** von Fachorganisationen und Kammern auf maximal ein Jahresbudget:
 - Abbau überschüssender Rücklagen.
- Evaluierung des **Finanzausgleichs zwischen den Kammern**.
- **Bepreisung exklusiver Services und Bildungsangebote**.

4. Transparenz und Berichterstattung der WKÖ

ZIEL: Demonstration der Produktivität durch Gegenüberstellung von Kosten und Leistungen.

EBENE WKÖÖ:

- **Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung** für Fachorganisationen und Kammer.
- Bessere **Bekanntmachung der Leistungen und Angebote der WKÖ** gegenüber Mitgliedern.
- **Leistungsrechnung je Mitglied** (sofern technisch möglich).
- **Transparente, einfache und klare Darstellung** von Voranschlägen und Rechnungsabschlüssen für Mitglieder.

EBENE WKÖ:

- Einführung einer **bundesweiten Kosten- und Leistungsrechnung**.
- Bessere **Kommunikation der Erfolge** in der Interessenvertretung.
- **Transparente Voranschläge und Rechnungsabschlüsse**, inkl. konsolidierter Darstellung.

5. Mitgliedschaft in der WKÖ

ZIEL: Gesamthafte Organisation aller Wirtschaftsbereiche zur Bündelung der Kräfte bewahren.

EBENE WKÖÖ:

- **Verbesserte Kommunikation des Angebotes** gegenüber den Mitgliedern, um die Unverzichtbarkeit sichtbar zu machen.

EBENE WKÖ:

- **Evaluierung der Mehrfachmitgliedschaften**, insbesondere im Kontext gewerblicher Nebenrechte.

6. Wahlen in der WKÖ

ZIEL: Basisdemokratie bewahren und Wahlbeteiligung erhöhen.

EBENE WKÖÖ:

- **Überfraktioneller Wahlauf Ruf** zur Mobilisierung.
- **Vorausgefüllte Wahlkartenanträge** an Mitglieder übermitteln.
- **Befragung der Mitglieder** zu Gründen für Wahl- oder Nichtwahlbeteiligung.
- **Evaluierung von Wahllokalen und Wahlzeiten** hinsichtlich Zugänglichkeit.

EBENE WKÖ:

- Zusendung der **Wahlkarte ohne Einschreiben** zur Erhöhung der Reichweite.
- **Einheitliche Wahltag e** für alle Kammern.
- Prüfung **digitaler oder hybrider Wahlformate**.
- Überlegungen zu **Unterstützungserklärungen** für die Kandidatur.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen bilden einen ambitionierten, aber realistischen Reformrahmen. Sie zielen darauf ab, die Organisation zukunftsfähig, transparent und mitgliedernah zu gestalten. In weiterer Folge sollen die Mitglieder der Taskforce über die Umsetzung der Maßnahmen informiert werden. Ein Termin wird vom Leiter der TaskForce im Frühjahr 2027 koordiniert.



Präs. in Mag.^a Doris Hummer, WB OÖ

„Die Wirtschaftskammer Oberösterreich ist seit Jahren Vorreiter unter den Landeskammern und übernimmt mit dem österreichweit niedrigsten Beitragssatz die Rolle des Kostenführers. Seit 2015 wurden die Mitgliedsbeiträge bereits zweimal gesenkt. Die WK OÖ setzt diesen Kurs mit dem Ziel fort, auch künftig den Ländervergleich bei der Kammerumlage 2 anzuführen. Bis 2029 soll sie von derzeit 0,19 auf 0,16 Prozent sinken. Mit der bereits 2025 erfolgten Senkung bedeutet das minus 20 Prozent. Damit leistet Oberösterreich seinen Beitrag zum Erreichen des bundesweiten Entlastungsziels von 100 Mio. Euro.“



KommR Mag. Erich Frommwald, IV OÖ

„Die Industrieliste bekennt sich zu einer starken, modernen und schlagkräftigen Interessenvertretung der Wirtschaft. Es braucht dazu eine Wirtschaftskammer mit effizienten Strukturen und klaren Verantwortlichkeiten. Eine Organisation, die schlank aufgestellt ist und ihre Ressourcen konsequent auf die Aufgaben im Interesse der Wirtschaft konzentriert. Gleichzeitig braucht es gezielte Entlastungen bei den Kammerbeiträgen für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Die Ergebnisse der Task-Force zeigen einen ersten Schritt in die richtige Richtung, wobei OÖ bereits in der Vergangenheit in einigen Themen Vorreiter gewesen ist.“



KommR Manfred Zaunbauer, SWV OÖ

„Sechs Fraktionen tragen heute einen gemeinsamen Reformantrag für unsere oberösterreichische Wirtschaftskammer. Die gemeinsame Arbeit in der Taskforce war offen, sachlich und konstruktiv. Somit ist ein guter erster Schritt gesetzt. Damit die Reform auf allen Ebenen bei den Betrieben spürbar wird, muss es zu einer raschen Umsetzung und vielen weiteren Reformschritten kommen. Die Wahlbeteiligung bei der nächsten WK-Wahl 2030 wird die Stunde der Wahrheit.“



Mag. Bernhard Seeber, GW OÖ

„Das Ergebnis der intensiven Arbeit der Taskforce „Wirtschaftskammerreform“ ist ein respektabler Reformkatalog. Dieser muss nun konsequent umgesetzt werden, um das Vertrauen der Mitgliedsbetriebe zurückzugewinnen. Dennoch, trotz angemessener Würdigung des gemeinsam Erreichten, der Widerstand für echte Strukturreformen und weitreichende Beitragssenkungen ist unverändert hoch. Für eine moderne Interessenvertretung des 21. Jahrhunderts ist das unverzichtbar – dafür werden wir uns weiterhin mit voller Kraft einsetzen.“



Mag. Michael Johannes Guger, UNOS OÖ

„Es ist positiv, dass die Reformgruppe erste Schritte in Richtung Entlastung und effizienterer Strukturen gesetzt hat. Aus Sicht von UNOS bleibt das Ergebnis jedoch klar hinter dem Notwendigen zurück. Was vorliegt, sind erste Ansätze – aber keine echten Reformen. Wir erwarten uns einen konsequenteren Abbau von Doppelgleisigkeiten, spürbarere Einsparungen und insgesamt einen deutlich ambitionierteren Zugang im Sinne der Unternehmerinnen und Unternehmer.“



Thomas Mayr-Stockinger, WIR-Wirtschaftsnetzwerk

„Die beschlossenen Reformschritte sind ein klares Signal für mehr Unternehmernähe in der WK O. Familiengeführte Klein- und Mittelbetriebe sowie Traditionsunternehmen benötigen spürbare Entlastung, weniger Bürokratie und eine schlankere Kammer mit modernen Strukturen. Besonders wichtig sind dabei mehr Transparenz, gelebte Pluralität und eine offene Interessenvertretung. Zusätzliche Serviceangebote – etwa Unterstützung bei behördlichen Herausforderungen oder KI-gestützte Informationsservices auch außerhalb der Öffnungszeiten – sollen Betriebe künftig noch besser entlasten.“

